

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/83

Bonn, den 26. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Folgen der Unglaubwürdigkeit</u>	38

So kann man mit dem Volk nicht umgehen.

2	<u>Absolute SED-Mehrheit in Siegen</u>	38
	Ein großartiger Erfolg	

3	<u>Deutschland, mein Vaterland - wo gehst du hin ?</u>	30
	"sing out" für Ludwig Erhard	
	Von Dr. Waldemar Ritter	

4	<u>Niederdeutscher Alltag</u>	46
	Scharfe Erklärungen des Politbüros der SED gegen China	

5 - 6	<u>Neuer internationaler Krisenherd in Ostafrika</u>	79
	De Gaulle - Haile Selassie und die Somaliländer	
	Von unseren Korrespondenten in Paris: Georg Scheuer	

Folgen der Unglaubwürdigkeit

So kann man mit dem Volk nicht umgehen

sp - Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien wandern sich über den Vertrauensschwund, den sie in einem Jahre unter der Regierung Erhard erlitten haben; sie suchen nach Mitteln und Wegen, um aus dem gegenwärtigen Tiefstand wieder herauszukommen. Sie spüren den wachsenden Unmut der Bevölkerung und forschen nach den Ursachen. Es bedarf dazu keines großen Apparats. An der Regierung Erhard bewahrheitet sich das alte Sprichwort, daß unglaubwürdig wirkt, wer Versprechungen macht, obwohl er weiß, daß er sie nicht einkönnen kann oder will. So fühlen sich die Beamten von der Bundesregierung und alle jene, die ihr vor den letzten Bundestagswahlen Glauben und Vertrauen schenkten, ähnielt. Die Koalitionsparteien hatten den Wählern versprochen, es werden keine Steuern erhöht werden und sie taten dies in voller Kenntnis der schon damals bestehenden und sich nunmehr zu Bergen erhöhenden Haushaltschwierigkeiten.

Und was geschieht nun jetzt? Auf Umwegen soll der Verbraucher zur Kasse gerufen werden. Die beabsichtigte Aufhebung der steuerlichen Vergünstigung von Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz würde für viele Pöndler, die ihren Arbeitsplatz oft nur unter schmerzlichen Bedingungen erreichen können, eine schwere Einkommenseinbuße bedeuten. Das Auto ist ja heute kein Luxusgegenstand mehr; für viele ist es unentbehrlich. Eine globale Kürzung der Pauschale würde zu neuen Ungerechtigkeiten führen. Die Bundesregierung will auch den Benzinpreis erhöhen, um damit den Haushalt zu sanieren; eine Steuererhöhung also, die viele Millionen Menschen betrifft.

Noch liegt der Haushalt für das Jahr 1967 nicht vor, doch eine Tendenz läßt sich zu seiner Bewertung aus den bruchstückhaften Ankündigungen der verschiedenen Ministerien erkennen: Eine Grundtendenz, in der die antisozialen Züge überwiegen. Wieviele Millionen hat die Bundesregierung zur Propagierung des Wohngeldes ausgegeben? Die Gewährung von Wohngeld galt als ein Paradebeispiel des Lächerlichen. Nun soll auch das Wohngeld eine beträchtliche Kürzung erfahren und es sind wiederum die kleinen Leute, die darunter zu leiden haben.

Zum Regieren gehört auch der Mut zur Unpopularität, aber noch mehr Redlichkeit und Offenheit. Beides fehlt dieser Regierung. Sie hat die Wähler getäuscht. Sie hat das von ihnen erhaltene Vertrauen mißbraucht. Diese Bilanz läßt sich nach einem Jahr der Regierungstätigkeit Erhards in der fünften Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ziehen. So kann man mit dem Volk nicht umgehen. Das vergrößert die Kluft zwischen Regierenden und Regierten und führt zu einer Verdrossenheit, die sich in wachsender Unmutsumgebungen Luft macht.

Absolute SPD-Mehrheit in Siegen

Ein großartiger Erfolg

sp - Die SPD hat bei den Kommunal- und Kreistagswahlen am vergangenen Sonntag in der Stadt Siegen und im Neuordnungsbereich von Siegen einen Sieg errungen. Die Wähler waren notwendig geworden, weil sich in diesem Gebiet durch Eingemeindungen und neue Wahlkreiseinteilungen seit der letzten Kommunalwahl im Jahre 1964 neue Zugehörigkeiten ergeben hatten, die den alten Gegebenheiten nicht mehr entsprachen. Im gesamten Gebiet konnte die SPD die absolute Mehrheit erringen. Bei den Kreistagswahlen, einschl. der jetzt kreisangehörigen Stadt Siegen, errang die SPD mit 50,4 Prozent und 24 Mandaten ebenfalls die absolute Mehrheit. Bei den letzten Kreistagswahlen hatte die SPD nur 21 Mandate. Die CDU konnte mit 17 Mandaten ihre Position halten, während die FDP von bisher 5 Mandaten eins verlor. Eine unabhängige Wählergemeinschaft errang nur 3,6 Prozent der abgegebenen Stimmen; sie konnte infolgedessen kein Mandat für sich suchen.

- * Im Vergleich zur Bundestagswahl steigerte die SPD in diesem Gebiet
- * ihren Stimmenanteil von 43,8 auf 50,7 Prozent, während die CDU von
- * 44,8 auf 36,7 Prozent zurückging. Die FDP, die bei der
- * Bundestagswahl noch 10,2 Prozent hatte, verlor 1,4 Prozent.

Auch in den neugebildeten Gemeinden Eiserfeld und Hüttental ging die SPD als Sieger hervor. In Eiserfeld errang sie 51 Prozent der abgegebenen Stimmen und erhielt 16 Mandate. In Hüttental 56 Prozent und 18 Mandate. Die CDU erhielt in Eiserfeld 36 Prozent und 12 Mandate, die FDP 6,9 Prozent und 2 Mandate und die unabhängige Wählergemeinschaft 5,1 Prozent und ein Mandat. In Hüttental mußte sich die CDU mit 31 Prozent und 10 Mandaten begnügen, die FDP mit 9,1 Prozent und 3 Mandaten. Die unabhängige Wählergemeinschaft errang nur 2,4 Prozent der Stimmen; sie erhielt daher kein Mandat.

In der Stadt Siegen, wo die SPD bisher über 16 Mandate verfügte, zieht sie jetzt mit 19 Mandaten in das Stadtparlament. Die CDU ging von 16 auf 15 Mandate zurück, während die FDP mit 3 Mandaten ihren Anteil halten konnte. Hier mußte der bisherige Oberbürgermeister Karl Beckmann (CDU) die Segel vor dem SPD-Bürgermeister Karl Althaus streichen. Nach fröhlicher Auffassung neutraler Beobachter ist der Wahlsieg der SPD in erster Linie auf die konstruktive Arbeit der Partei in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zurückzuführen.

Deutschland, mein Vaterland - wo gehst du hin ?

"sing out" für Ludwig Erhard

Von Dr. Waldemar Ritter

"Kann uns zur Vaterland die Fremde werden?" ließ Goethe Iphigeneie fragen. Sie kann! Aber wenn es unbedingt schon sein soll, dann muß der Import besser sein als die eigenen Produkte. Die Manager, die den verstaubten Zopf amerikanischen "sing out" mit einem deutschen Toupet erstmals beim Abschied zur Amerikareise Ludwig Erhards garnierten, hatten bei der Bundestagsdebatte über das Stabilisierungsgesetz nicht zugehört. Sie mußten einen Regierungsgesangverein gründen. Und was für einen!

Da gibt es junge Leute. Gegen die ist nichts zu sagen. Die können sicher nichts dafür. Da gibt es aber auch Manager und gegen die ist etwas zu sagen. Was das hört und sieht was sie inszenieren und dann "an Deutschland denkt bei Nacht", der hat tatsächlich um den Schlaf gebracht. Da ist "die Zukunft der Welt", die ab jetzt "auf Dich", Ludwig Erhard, "gestellt" ist. Und da wird im lautstark vorgebrungenen Biedermeierbeat gefragt: "Deutschland mein Vaterland - wo gehst du hin"?

Wahrlich, eine ernste Frage. Interessant wäre nur an welche Antwort die Manager wohl gedacht haben mochten. Vielleicht an die fließenden Brunnlein, oder zum Städtlein hinaus vielleicht aber auch nur mal um die Ecke? Da warten bestimmt noch einige Pinscher. Jeden das Seine. Auch für Ludwig Erhard.

Wie wäre es eigentlich, wenn die jungen "regierungsamtlichen" Leute von "sing out" statt zum Flughafen Wahn, einmal mit der Eisenbahn nach Sobra an die Zonegrenze fahren würden? Dort gibt es täglich viele alte Menschen. Rentner aus Mitteldeutschland, in den Zügen. Ein gutes deutsches Volkslied würde sie bestimmt erfreuen. Wenn die "Singers" das nicht mehr können dann genügt ein freundliches Wort und die Bereitschaft, einen Koffer zu tragen.

Wo gehst du also hin, Deutschland, mein Vaterland? Ich empfehle zunächst nach Betra! Danach können wir weitersehen.

Mitteldeutscher Alltag

Scharfe Erklärung des Politbüros der SED gegen China

OS - Die vorsichtige SED-Taktik, die bisher gemeinsam mit der KPdSU gegen die chinesische KP-Führung durchgeführt worden ist, ist offensiv geworden. Schon am 4. September kam eine "Mitteilung aus dem ZK der SED", die gegen die chinesische Parteiführung Stellung bezog. Jetzt hat auf der 13. ZK-Lagung Dr. Günter Mittag eine heftige Polemik gegen die chinesische KP-Führung entwickelt, die an Deutlichkeit und demonstrativer Ablehnung der Vorgänge in der KP Chinas nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Die Periode der vorsichtigen Zurückhaltung, des teilweisen Verschweigens einer für die KPdSU risikoreichen Entwicklung, ist aufgegeben worden.

Dr. Mittag spricht von einer "niederträchtigen antisowjetischen Kampagne", die "Ausfälle der chinesischen Führer sollen die Tatsache verdecken, daß durch ihre Politik... der Sache Vietnams, des Sozialismus, der nationalen Unabhängigkeit der Völker und des Friedens großer Schaden zugefügt wird". Mittag sprach von ungeheuerlichen Lügen, von "unerhörten Vorgängen" und "antisozialistischen Ausschreitungen".

Im weiteren Verlauf seiner Rede zerplückte Mittag die Politik des "Großen Sprungs", der in seinen Ergebnissen in einem wirtschaftlichen Fiasko endete. "Großmachtchauvinismus und nationalistischer Ehrgeiz" habe die chinesischen Führer die Lehren des Marxismus-Leninismus vergessen lassen, sie hätten den abenteuerlichen Versuch unternommen, objektive Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung zu mißachten.

Es wird ferner der schwere Vorwurf erhoben, daß Mao mit seiner Führungsgruppe die "Einheit der afro-asiatisch-lateinamerikanischen Solidaritätsbewegung" unterwühlt habe, daß sie den untauglichen Versuch unternehmen, "zwischen der SED und der KPdSU zu differenzieren".

Die Vorwürfe reichen noch weiter, bis in die Kader der chinesischen KP selbst. Mao wird beschuldigt, die Armee gegen die Partei einzusetzen. "Die wichtigsten Artikel gegen leitende Funktionäre sind zuerst in der Zeitung der Armee erschienen. Die Armee wird heute zum Vorbild der Disziplin und Treue zur Mao-Tse-tung-Ideologie erklärt: "Es sei zu "Massenrepressalien" gegen führende Mitglieder aber auch ganze Parteikomitees gekommen, die nur den Sinn haben konnten, den Einfluß der Partei zu beschränken. Nach dieser Säuberung sei das 11. Plenum der chinesischen Partei einberufen worden, auf dem sich die radikalen Mitglieder durchgesetzt hätten usw.

An der Rede ist noch ein ganz anderer Aspekt interessant. Eigentlich hätte es Ulbricht als dem 1. Sekretär der SED zugestanden, den Angriff zu führen. Statt dessen wird der zweifellos begabte Dr. Mittag vorgeschickt, der im ZK der SED mit Wirtschaftsfragen betraut ist. Auch im Kommuniqué vom 18. September rangiert Ulbricht nach Mittag erst an zweiter Stelle. Das ist immerhin ungewöhnlich.

Sollte mit der heftigen Polemik Dr. Mittags zwar ein führender, aber nicht der führende Mann die Angriffe vorgetragen haben und für Ulbricht damit eine Tür auch nach China offenbleiben?

Neuer internationaler Krisenherd in Ostafrika

De Gaulle - Haile Selassie und die Somalikküste

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Überraschenderweise erhebt Kaiser Haile Selassie jetzt Anspruch auf die benachbarte Französische Somalikküste, eine der letzten französischen Kolonien. Die feierlich vorgetragene Forderung des äthiopischen Kaisers verblüfft drei Wochen nach de Gaulles Staatsbesuch in Addis Abeba. War im französisch-äthiopischen Gipfelgespräch davor die Rede? Man kann sich nicht gut vorstellen, daß der französische Präsident bei dieser Gelegenheit Zusicherungen machte, durch welche das Schicksal der Somalikküste und die nunmehr geplante demokratische Entscheidung der dort lebenden Bevölkerung vorweggenommen wären. Es scheint vielmehr so zu sein, daß der "König der Könige" über die revolutionären Ereignisse in Dschibuti beunruhigt ist und, im Falle eines französischen Abzuges, Äthiopiens Interessen wahrnehmen will.

Die Argumente des Kaisers

Haile Selassie begründet sein Anliegen mit historischen, ethnischen und wirtschaftlichen Argumenten. Seine Vorgänger am Kaiserthron, insbesondere Menelik II., hätten die äthiopische Souveränität an dieser Ostspitze Afrikas stets verkündet, bis zur Ankunft der französischen Kolonisatoren am Ende des letzten Jahrhunderts. Die Mehrheit der Bevölkerung bestünde auf dem Gebiet der Somalikküste nicht aus Somalis (wie man es in der benachbarten unabhängigen Republik Somalia geltend mache), sondern aus Angehörigen der äthiopischen Stämme Afar und Danakil. Dschibuti schließlich sei ein unentbehrlicher Ausfuhrhafen für das äthiopische Hinterland.

Die Antwort Somalias

Selbstverständlich bleiben diese Darlegungen in Mogadiscio, der Hauptstadt des unabhängigen Somalia, nicht unbeantwortet. Man weist dort darauf hin, daß wohl auf dem flachen Land der Somalikküste äthiopische Stämme stark vertreten seien, in der Hauptstadt Dschibuti jedoch die Somalis überwiegen. Andererseits unterstreicht man, daß Äthiopien mit Ausfuhrhäfen bereits weitaus besser versehen sei, als die junge Republik Somalia. Die jahrhundertalte und blutige Erfahrung der Nationalitätenkämpfe und Grenzkonflikte in Europa lehren uns - so sagt man -, daß derartige Streitigkeiten ausweglos sind, solange sie von nationalen und imperialen Interessen bestimmt werden.

Hinzu kommt, daß Somalia "sozialistisch", das heißt sowjetisch und zum Teil auch chinesisch orientiert ist, während Addis Abeba eher unter amerikanischem Einfluß steht. Damit wird dieser

ostafrikanische Wetterwinkel zu einem ausgesprochenen internationalen Gefahrenherd.

De Gaulles Zusagen

Anlaß und Ausgangspunkt dieser plötzlichen Entwicklung war der kürzliche Besuch de Gaulles in Dschibuti. Der General-Präsident glaubte zuerst, dem französischen "Überseedepartement" einen bloßen Routinebesuch abzustatten, ehe er nach Kambodscha weiterfuhr. Die Kolonialbehörde hatte beruhigende Berichte geliefert und die wirkliche Stimmung vertuscht. Mit elementarer Wucht brachen ungebrochen zur Begrüßung des Staatspräsidenten die Demonstrationen los, die mit der Rufer "Vive de Gaulle - es lebe die Unabhängigkeit" begannen und mit einem Blutbad endeten.

Vermünftigerweise lenkte der Staatspräsident sofort ein und machte ausdrückliche Zusicherungen bezüglich einer neuen Volksabstimmung über das weitere Statut der Somalisküste. Die Bevölkerung hatte sich vor einigen Jahren für "interne Autonomie" ausgesprochen und soll man in nächster Zukunft die Möglichkeit erhalten, staatlich unabhängig zu werden, dem algerischen Schulbeispiel folgend. In diesem Sinn wurde der vorherige konservative Gouverneur abgesetzt und durch einen "liberalen" Mann ersetzt, der aber unter dem Ansturm neuer, revolutionärer Demonstrationen mit Brachialgewalt vorgeht.

Fremdenlegion, Marineinfanterie und Mobilmachen zeichnen sich dabei, wenn man den Mitteilungen der beiden Oppositionsparteien der Somalisküste ("Partei der Volksbewegung" und "Demokratische Union Afar") glauben soll, durch Taten aus, die mit den Worten "Kolbenhiebe, Diebstähle, Verwüstungen" resümiert werden: "Männer, Frauen und Kinder werden wie Vieh zusammengetrieben." Gouverneur Saget wird ersucht, den "Bifer seiner Truppen" zu mäßigen. Mit anderen Worten, seit de Gaulles Visite ist das Feuer in Dschibuti nicht erloschen, sondern lodert gefährlicher als zuvor. Innenpolitische Bürgerkriegszustände und außenpolitische Drohungen verstärken sich.

Was nun?

Angesichts dieser Verschärfung haben sich die beiden Oppositionsparteien der Somalisküste zu einer Abgrenzung sowohl von Somalia als auch von Äthiopien entschlossen. Die Ansprüche des "Königs der Könige" werden abgelehnt, Mogadiscio wird ersucht, nicht neues Öl ins Feuer zu gießen. Zugleich wird Paris aufgefordert, die Vorbereitungen zur Verwirklichung einer echten Volksabstimmung zu beschleunigen.

Die demokratischen Parteien der Somalisküste wollen also echte Unabhängigkeit von Paris, Addis Abeba und Mogadiscio. Die Frage ist nur, ob diese Forderung in der gegenwärtigen Situation am südlichen Ausgang des Roten Meeres zu verwirklichen ist. In Dschibuti droht nicht nur Bürgerkrieg, sondern auch der Zusammenprall internationaler Gegensätze.